

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**30.10.2017**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Zentraler Dienst 6-10**  
Schriftführung  
Friedhelm Assmann  
Telefon-Nr.  
**02202-141428**

## **Niederschrift**

**Gemeinsame Sitzung des Flächennutzungsplanausschusses und des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses**  
**Sitzung am Dienstag, 26.09.2017**

Sitzungsort

**Theatersaal im Bürgerhaus Bergischer Löwe, Konrad-Adenauer-Platz, 51465 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 20:25 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Bestellung des Schriftführers für diese gemeinsame Sitzung des Flächennutzungsplanausschusses und des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses**  
*0177/2017*
- 3 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse der letzten Sitzung**  
*0375/2017*
- 5 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 6**      **Mitteilungen des Bürgermeisters**
  
- 7**      **Änderungen / Ergänzungen zur Vorlage "Vorschläge der Verwaltung für den Entwurf des Flächennutzungsplans" (s. Drucksachenummer 0196/2017)**  
*0396/2017*
  
- 8**      **Vorschläge der Verwaltung für den Entwurf des Flächennutzungsplan Bergisch Gladbach 2035**  
*0196/2017*
  
- 9**      **Antrag auf Änderung des Regionalplans**  
*0397/2017*
  
- 10**     **Bebauungsplan Nr. 2394 - Richard-Seiffert-Straße III -  
- Beschluss zur Aufstellung**  
*0424/2017*
  
- 11**     **Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 11.09.2017 zu den Vorschlägen der  
Verwaltung für den Entwurf des Flächennutzungsplans**  
*0437/2017*
  
- 12**     **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses, Herr Höring, übernimmt den Vorsitz für diese gemeinsame Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung und die Beschlussfähigkeit fest und bedankt sich für das zahlreiche Erscheinen des Publikums.

Er verweist auf die eingegangenen Änderungsanträge der Fraktionen, die auf die Plätze verteilt und der Niederschrift als Anlage beigefügt wurden.

Auf Antrag von Frau Graner einigen sich die Ausschüsse dahingehend, die Tagesordnungspunkte 7, 8 und 11, sowie die Änderungsanträge gemeinsam zu diskutieren.

#### 2. Bestellung des Schriftführers für diese gemeinsame Sitzung des Flächennutzungsplanausschusses und des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses 0177/2017

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Zum Schriftführer dieser gemeinsamen Sitzung des Flächennutzungsplanausschusses und des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses wird Herr Friedhelm Assmann gewählt.

#### 3. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Niederschrift wird genehmigt.

#### 4. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse der letzten Sitzung 0375/2017

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.

## **5. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

Keine

## **6. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Keine

## **7. Änderungen / Ergänzungen zur Vorlage "Vorschläge der Verwaltung für den Entwurf des Flächennutzungsplans" (s. Drucksachenummer 0196/2017) 0396/2017**

Herr Sterl vom Planungsbüro Post Welters erläutert den Verfahrensstand und gibt einen Ausblick für die zukünftigen Verfahrensschritte zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplans. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Dr. Karich hält die zügige Neuaufstellung des FNP für dringend erforderlich, um zukünftig die Gewähr für eine ausreichende Zahl an bezahlbaren Wohnungen und wohnortnahe Arbeitsplätze bieten zu können. Für die FDP Fraktion sei es wichtig, die Verkehrsprobleme vor den jeweiligen Bebauungsplänen zu lösen und beantragt daher die Erstellung eines Integrierten Verkehrskonzeptes.

Herr Dr. Metten erläutert den schwierigen Abwägungsprozess zwischen sämtlichen Interessen. Letztendlich sei es gelungen, gemeinsam mit der SPD Fraktion eine Kompromisslösung zu erarbeiten, die sich im gemeinsamen Änderungsantrag widerspiegelt. Er legt dar, welche Schwerpunkte diesen Änderungsanträgen (s. Anlage zum Protokoll) zugrunde liegen:

- Erhalt des Stadtbildcharakters
- Lösung der Verkehrsprobleme vor Schaffung von Baurechten
- Schaffung bezahlbarer Wohnraum
- Infrastruktur / Bildung
- Erhalt/Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in Wohnortnähe.

Herr Waldschmidt macht deutlich, dass man sich intensiv mit den verschiedenen Argumenten der Bürger und Bürgerinitiativen befasst habe. Der Rat habe nun die Aufgabe, sämtliche Argumente im gesamtstädtischen Interesse abzuwägen. Herr Waldschmidt erläutert stichwortartig die (gemeinsam mit der CDU Fraktion) geforderten 10 Sofortmaßnahmen und geht insbesondere auf die beantragten, auf ein Mindestmaß verkleinerten Flächen „Nu7“ und „Erweiterungsfläche Krüger“ und den Prüfauftrag zum dortigen Wegerecht ein (siehe hierzu Anlage zum Protokoll „Änderungsanträge CDU und SPD Fraktion“).

Herr Santillán fordert einen Stopp des Aufstellungsverfahrens, da aus seiner Sicht falsche Annahmen und Prognosen zugrunde gelegt wurden. Seine schriftlichen Änderungsanträge, die ebenfalls dem Protokoll als Anlage beigefügt sind, zeigen die Mängel seiner Ansicht nach deutlich auf.

Herr Klein hält die Neuaufstellung des FNP zwar für notwendig, jedoch für fehlerhaft umgesetzt. Er hält es für dringend geboten, vor der Erstellung eines neuen Flächennutzungsplans ein umfassendes Verkehrskonzept zu erstellen. Die Änderungsvorschläge von Herrn Santillán seien Alternativen, wenn man die Neuaufstellung dennoch weiter betreibt.

Herr Schundau würde sich wünschen, dass zukünftig die Meinungen fachkundiger Bürger verstärkt in die Diskussion und Meinungsbildung politischer Entscheidungen einbezogen werden. Herr Schundau wiederholt die Bedenken der FDP Fraktion gegen den vorgestellten FNP Entwurf, da man von falschen Prognosen ausgegangen sei. Darüber hinaus sei dem

Umweltschutzgedanken nicht ausreichend Rechnung getragen worden. Sodann zitiert und begründet Herr Schundau die 9 Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die der Niederschrift als Anlage beigefügt sind.

Frau Graner ergänzt die Ausführungen von Herrn Dr. Karich. Demnach sei das gestiegene Bevölkerungswachstum bereits jetzt Realität. Es sei also zwingend geboten, weitere Flächen für Gewerbe und Wohnungsbau auszuweisen.

Herr Dr. Metten nimmt Bezug auf verschiedene Wortbeiträge. Bezug nehmend auf Ausführungen von Herrn Santillán erklärt Herr Dr. Metten, es sei nicht möglich, innerhalb eines FNP Ausgleichsflächen darzustellen. Er hält es zudem für fraglich, wie man bei einer auf ein Minimum reduzierten Flächenausweisung den notwendigen bezahlbaren Wohnraum schaffen will. Die Bürgerbeteiligung gehe im Übrigen deutlich über das notwendige und gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus.

Bezug nehmend auf einen Vorwurf von Herrn Klein, legt Herr Dr. Metten dar, dass die Schaffung einer eigenen Wohnungsbaugesellschaft bisher an der Verfügbarkeit ausreichender Grundstücke und der Finanzierung scheiterte.

Zur Forderung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu überbauten Parkflächen in Gewerbegebieten erklärt Herr Dr. Metten, dass dies die Gefahr der Abwanderung von etablierten Gewerbetreibenden berge. Die Position der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN lasse seiner Ansicht nach keine Wachstumsprognosen erkennen.

Herr Samirae hat kein Verständnis für das untersagte Livestreaming bei interessanten Sitzungen der Ausschüsse und des Rates. Darüber hinaus wäre es angebracht, Meinungsäußerungen des Publikums während der Sitzungen in jeglicher Form zu akzeptieren. Inhaltlich fordert auch Herr Samirae die vordringliche Lösung sämtlicher Verkehrsprobleme parallel zum Aufstellungsverfahren. Darüber hinaus hält Herr Samirae die Verbesserung der digitalen Infrastruktur insbesondere in den ländlichen Gebieten des Plangebiets für dringend geboten.

Zu der Rolle des Publikums während der Ausschusssitzungen verweist Herr Höring auf die geltenden Regeln der vom Rat beschlossenen Geschäftsordnung.

Herr Ebert weist auf das Bestreben hin, die Bürgerbeteiligung im Rahmen des Aufstellungsverfahrens deutlich über das notwendige Maß hinaus zu betreiben. Anhand der Vielzahl an Änderungen nach Inkrafttreten des aktuellen FNP macht Herr Ebert deutlich, dass auch weiterhin Änderungen des nun zu beschließenden FNP möglich sein werden, soweit dies notwendig erscheint.

Inhaltlich hält Herr Ebert grundsätzlich die Verdichtung der Innenstadt für geboten. Die Neuausweisung weiterer Gewerbeflächen außerhalb der Innenstadt ist dementsprechend unumgänglich, wenn durch Verdichtung Gewerbeflächen in der Innenstadt durch Mischflächen ersetzt werden.

Herr Ebert hat kein Verständnis für die Haltung der Fraktion DIE LINKE., weil ohne weitere Flächenausweisungen (Wohnungsbau und Gewerbe) innerhalb des FNP die Schaffung bezahlbaren Wohnraums nicht möglich sein wird.

Herr Santillán verweist im Hinblick auf die weitere Bürgerbeteiligung darauf, dass die Änderungen des Regionalplans nur dann Sinn machen, wenn diese nach dem Beschluss des FNP im Dezember erfolgen.

Herr Santillán kritisiert, dass die vorliegenden Konzepte (ISEK und Wohnbaulandkonzept) nicht entsprechend in den Entwurf des FNP eingearbeitet und die Vorhaltung notwendiger Ausgleichsflächen nicht berücksichtigt wurde. Er bezweifelt die prognostizierte hohe Bevölkerungsentwicklung.

Frau Schundau begrüßt die fraktionsübergreifende Forderung nach begleitenden Verkehrskonzepten. Sie bezweifelt, dass Gewerbebetriebe abwandern, wenn man ihnen andere Erweiterungsmöglichkeiten aufzeigt oder diese notwendigerweise einschränkt.

Frau Schundau teilt die Ansicht von Herrn Santillán hinsichtlich des fälschlich erwarteten Bevölkerungswachstums.

Auch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei grundsätzlich für eine wohnungsbauliche Verdichtung der Innenstadt. Allerdings müsse dabei auch immer dem Erholungsaspekt Rechnung getragen werden („Grüne Stadt“).

Herr Klein wehrt sich gegen den Vorwurf, seine Partei würde durch ihr Abstimmungsverhalten der Schaffung bezahlbaren Wohnraums entgegen wirken. Die Vorschläge der Fraktion DIE LINKE. zur Verbesserung der aktuellen Lage seien in der Vergangenheit häufig abgelehnt worden.

Herr Kraus äußert sich zu Wortbeiträgen der anderen Fraktionen. Er hält zusammenfassend fest, dass insbesondere diejenigen kleineren Parteien häufig Infoveranstaltungen zu konkreten planungsrechtlichen Themen fern bleiben, die nun für die umfassende Bürgerbeteiligung verantwortlich sein wollen. Das vorgeschlagene Livestreaming einer Sitzung ersetze im Übrigen keine persönlichen Gespräche mit den Bürgern oder Initiativen vor den Beschlussfassungen. Diese Gespräche wurden intensiv betrieben, um im späteren Abwägungsprozess sämtliche Argumente zugrunde legen zu können.

Herr Kraus hält fest, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zwar auch die Innenstadtverdichtung befürworte, aber häufig konkrete Beschlussfassungen ablehne.

Herr Kraus verweist auf die Probleme im Hinblick auf die Schaffung einer eigenen Wohnbaugesellschaft. Die RBS sei derzeit eine gute Alternative und sehr darum bemüht, bezahlbaren Wohnraum zu vergrößern.

Hinsichtlich der geforderten Verkehrskonzepte sei mit dem MOBIK und dem Verkehrskonzept des Rheinisch-Bergischen Kreises der Anfang gemacht. Hier gilt es weiter daran zu arbeiten und das Ziel weiter zu verfolgen.

Auch Herr Schundau spricht sich dafür aus, die RBS bei ihren Bemühungen, finanzierbaren Wohnraum zu schaffen, weiterhin voll zu unterstützen.

Herr Santillán bemängelt allerdings, dass die RBS in der näheren Vergangenheit keinen Wohnraum geschaffen habe, für den Wohnberechtigungsscheine notwendig seien.

Er wiederholt seine Forderung auf einen Neustart des Flächennutzungsplanverfahrens, bei dem die Bürger von Beginn an mit einbezogen werden.

Herr Waldschmidt entgegnet, dass der Mangel an geeigneten Bauflächen die Ursache für die Stagnation seitens der RBS sei.

Herr Schwamborn bezweifelt die zugrunde gelegten Bevölkerungs- und Gewerbepronosen und einen nachvollziehbaren Abzug von Brachflächen.

Herr Wagner wiederholt die Notwendigkeit, Verantwortung für die gesamte Stadt zu tragen und die erforderlichen Bau- und Gewerbeflächen zur Verfügung stellen zu müssen.

Da sich die vorgebrachten Argumente weitgehend wiederholen, beantragt Herr Dr. Karich den Schluss der Debatte.

Herr Ebert und Herr Dr. Metten weisen zum Abschluss darauf hin, dass die Bürgerbeteiligung nach der Neuaufstellung des FNP weiter betrieben werde, wenn darauf folgend die entsprechenden Bebauungsplanverfahren anstehen. Während dann lokale Interessen zu berücksichtigen seien, müsse man derzeit die Entwicklung der gesamten Stadt im Auge behalten.

Sodann übernimmt Frau Winkels den Sitzungsvorsitz, um die erforderlichen Abstimmungen des Flächennutzungsplanausschusses zu leiten.

Zunächst wird – auf Antrag von Frau Scheerer – einzeln über die **Beschlussvorschläge der Verwaltung** (Drucksachenummer 0396/2017) abgestimmt.

Der **Flächennutzungsplanausschuss** fasst folgende **Beschlüsse**:

- Zu 1.: mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei und einer Enthaltung der mitterechts-/LKR Fraktion
- Zu 2.: mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei und einer Enthaltung der mitterechts-/LKR Fraktion
- Zu 3.: einstimmig zugestimmt
- Zu 4.: mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und einer Enthaltung der mitterechts-/LKR Fraktion
- Zu 5.: mehrheitlich zugestimmt gegen 2 Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und jeweils einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Zu 6.: einstimmig zugestimmt

Die **Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN** erklärt sich damit einverstanden, dass über ihre Anträge im Block abgestimmt wird.

Der **Flächennutzungsplanausschuss** fasst folgenden **Beschluss**:

Die Anträge werden mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei und einer Stimmenthaltung der SPD Fraktion.

Anschließend wird zunächst im Block über die Anträge von Herrn Santillán abgestimmt. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Sodann fasst der **Flächennutzungsplanausschuss** folgende Beschlüsse zu den einzelnen **Anträgen der FDP Fraktion**:

- 1.1 mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei einer Enthaltung der mitterechts-/LKR Fraktion
- 1.2 entfällt, da vollständige Streichung des Gewerbegebietes Voislöhe
- 1.3 mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion bei einer Enthaltung der mitterechts-/LKR Fraktion
- 2.1 mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion bei einer Enthaltung der mitterechts-/LKR Fraktion
- 2.2 mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion bei einer Enthaltung der mitterechts-/LKR Fraktion
- 2.3 mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion
- 2.4 mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion bei einer Enthaltung der mitterechts-/LKR Fraktion
- 2.5 mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion
- 2.6 mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion

- 2.7 mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion
- 2.8 mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion
- 3.1 mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei
- 3.2 mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion
- 3.3 mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion
- 3.4 entfällt, da im Verwaltungsvorschlag enthalten
4. mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion
5. mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion
1. mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP Fraktion

Da über sämtliche Anträge der FDP Fraktion einzeln abgestimmt wurde, beantragt Herr Santillán, dies auch bei seinen 13 Anträgen zu tun. Dementsprechend wird die o.g. Blockabstimmung ersetzt durch folgende **Einzelbeschlüsse des Flächennutzungsplanausschusses** zu den **Anträgen von Herrn Santillán**:

„Straße über den Bahndamm“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei

„Sc16a“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei

„Re2“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

„Nu7“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei

„Nu1c“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

„Nu1a“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei und einer Stimme der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei 2 Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

„G-MO8“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

„G-MO6“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

„G-MO4“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

„G-MO1“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

„G-FR2a“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

„G-FR1a“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei

„G-FR2b“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Sodann lässt Frau Winkels den **Flächennutzungsplanausschuss** im Block über die **gemeinsamen Änderungsanträge der CDU- und SPD Fraktion** abstimmen.

Der Ausschuss fasst folgenden

**Beschluss:** (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der FDP Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der mitterechts-/LKR Fraktion)

Der Ausschuss stimmt den Änderungsanträgen zu.

Zum nachträglich eingegangenen **Antrag zu Kb7a – Am Schulmuseum** fasst der **FNPA** folgenden

**Beschluss:** (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltungen der mitterechts-/LKR Fraktion, der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei und der FDP Fraktion)

Die eine ca. 0,5 ha große Teilfläche von Kb7a wird als Wohnbaufläche in den Flächennutzungsplan aufgenommen.

Auf Vorschlag von Herrn Höring und auf Antrag von Herrn Dr. Karich einigt sich der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss, auf eine wiederholte Einzelabstimmung der Anträge zu verzichten und stattdessen über die Fraktionsanträge in Gänze abzustimmen.

Sodann fasst der **Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss** folgende

## Beschlüsse:

### TOP 7 Änderungen / Ergänzungen zur Vorlage Drucksachennummer 0196/2017

(mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltungen der mitterechts-/LKR Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Den vorgeschlagenen Änderungen wird zugestimmt.

### Anträge der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

(mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der mitterechts-/LKR Fraktion)

Die Anträge werden abgelehnt.

### Anträge von Herrn Santillán

(mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die Anträge werden abgelehnt.

### (modifizierte) Anträge der FDP Fraktion

(mehrheitlich gegen die FDP Fraktion)

Die Anträge werden abgelehnt.

### Gemeinsame Anträge der CDU – und SPD Fraktion

(mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei und der FDP Fraktion bei Enthaltungen der mitterechts-/LKR Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Den Anträgen wird zugestimmt.

### Antrag der CDU Fraktion auf zusätzliche Flächenaufnahme einer Teilfläche von Kb7a

(mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltungen der mitterechts-/LKR Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der FDP Fraktion)

Der Bauflächenenergänzung des FNP wird zugestimmt.

Herr Santillán beanstandet, dass der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss ohne seine Einwilligung über seine Anträge im Block abgestimmt habe.

Daraufhin lässt Herr Höring über die **Anträge von Herrn Santillán** erneut einzeln abstimmen.

Sodann fasst der **Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss** folgende

## **Beschlüsse:**

### „Straße über den Bahndamm“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei

### „Sc16a“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

### „Re2“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

### „Nu7“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

### „Nu1c“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

### „Nu1a“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

### „G-MO8“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

### „G-MO6“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei

### „G-MO4“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei

### „G-MO1“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

### „G-FR2a“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

### „G-FR1a“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

## „G-FR2b“

mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

### 8. Vorschläge der Verwaltung für den Entwurf des Flächennutzungsplan Bergisch Gladbach 2035 0196/2017

Unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen fasst sowohl der **Flächennutzungsplanausschuss**, als auch der **Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss** getrennt voneinander folgende **Beschlüsse mit übereinstimmendem Abstimmungsverhalten**.

(mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der FDP Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei)

1. Den Vorschlägen der Verwaltung zum Umgang mit den Potenzialflächen Wohnen (Kapitel 5) für den Entwurf des Flächennutzungsplans wird zugestimmt.
2. Den Vorschlägen der Verwaltung zum Umgang mit den Potenzialflächen Gewerbe (Kapitel 6) für den Entwurf des Flächennutzungsplans wird zugestimmt.
3. Den Vorschlägen der Verwaltung zum Umgang mit den Anregungen zur Aufnahme von Bauflächen aus der Bürgerschaft wird zugestimmt (Kapitel 7.1).
4. Den Vorschlägen der Verwaltung zum Umgang mit den Anregungen der Träger öffentlicher Belange zur Änderung beziehungsweise Aufnahme von Darstellungen wird zugestimmt (Kapitel 7.2).
5. Den Vorschlägen der Verwaltung aus dem Kapitel 7.3 wird zugestimmt.
6. Den Vorschlägen zur Änderungen der Bestandsdarstellungen wird zugestimmt (Kapitel 8).
7. Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf des Flächennutzungsplans entsprechend der gefassten Beschlüsse zu erarbeiten.

### 9. Antrag auf Änderung des Regionalplans 0397/2017

Herr Höring weist darauf hin, dass die Beschlussvorschläge Nr. 1 und 3 unter Berücksichtigung der heutigen Beschlusslage zu beschließen sind, während die Beschlussvorschläge Nr. 4 und 7 entsprechend der heutigen Beschlusslage entfallen.

Herr Santillán befürchtet, dass die Bürgerbeteiligung zur Offenlage ins Leere laufe, wenn heute bereits die Regionalplanänderungen beschlossen werden. Er beantragt, die Beschlussfassung zu TOP 9 zu vertagen, bis der Beschluss zum FNP gefasst wurde.

Frau Schundau hält diese vorgeschlagenen Regionalplanänderungen für einen Freibrief der Verwaltung, ohne weitere Einflussmöglichkeiten der Ausschüsse tätig werden zu können.

Frau Gerhardus schließt sich diesen Ausführungen an und macht deutlich, dass diese Vorgehensweise gegen das Demokratiegebot verstoße. Sie hätte sich gewünscht, wenn man den Ausschussmitgliedern die Möglichkeit gegeben hätte, Einsicht in den Schriftverkehr mit der Bezirksregierung zu nehmen.

Frau Krause erklärt, warum die Regionalplanänderung bereits jetzt vorgeschlagen werde. Angesichts der Tatsache, dass ein Regionalplanänderungsverfahren rund 1,5 – 2 Jahre dauert und

ein angepasster Regionalplan Voraussetzung für spätere Umsetzungen des FNP sei, habe man Verzögerungen vermeiden wollen.

Frau Krause widerspricht den Ausführungen von Frau Schundau. Aus informellen Vorbesprechungen habe sich ergeben, dass die Bezirksregierung bei den vorgeschlagenen Flächen eine Regionalplanänderung zur Umsetzung des FNP für erforderlich hält und den Wunsch geäußert hat, für die erforderlichen Änderungen einen Antrag in der heutigen Sitzung zu stellen. Die spätere Möglichkeit zu Änderungen der zum Beschluss stehenden Anträge bleibe im weiteren Verfahren durchaus gegeben.

Herr Sterl ergänzt, dass es üblich und völlig gesetzeskonform sei, derartige Anfragen vor Offenlagebeschlüssen zu Flächennutzungsplänen zu stellen.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Metten bestätigt Frau Krause, dass die Planungshoheit der Kommunen erhalten bleibe und auch nach Antragstellung Änderungen möglich sein werden, soweit diese im weiteren Verfahren beschlossen werden.

Herr Klein teilt mit, dass er einer Regionalplanänderung zustimmen werde, soweit dies Voraussetzung für eine Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 sei.

Herr Schundau weist darauf hin, dass die Vielzahl an erforderlichen Regionalplanänderungen ein Indiz für einen zu hohen Flächenverbrauch sei.

Herr Samirae stellt fest, dass Verzögerungen bei der Antragstellung zur Regionalplanänderung gleichbedeutend sei mit Verzögerungen im Hinblick auf eine Möglichkeit der Verlängerung der Stadtbahnlinie 1.

Frau Krause entgegnet, dass die mögliche Verlängerung der Linie 1 bereits im Regionalplan vorgesehen sei.

Sodann lässt Herr Höring beide Ausschüsse gemeinsam über den **Vertagungsantrag von Herrn Santillán** abstimmen. Die Ausschüsse fassen übereinstimmend folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei)

Der Antrag auf Vertagung der Beschlussfassung zu TOP 9 wird abgelehnt.

Sodann lässt der Vorsitzende beide Ausschüsse gemeinsam über die einzelnen Anträge auf Regionalplanänderung abstimmen. Die Ausschüsse fassen übereinstimmend folgende

Beschlüsse:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Regionalplanänderung für die Fläche Nu7 (gem. geänderter Beschlusslage) zu beantragen.

(mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltungen der FDP Fraktion)

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Regionalplanänderung für die Fläche As2 zu beantragen.

(mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltungen der FDP Fraktion)

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Regionalplanänderung für die Fläche Hr6a (gem. geänderter Beschlusslage) zu beantragen.

(mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltungen der FDP Fraktion)

~~4 Die Verwaltung wird beauftragt, die Regionalplanänderung für die Fläche Hr12d zu beantragen.~~

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Regionalplanänderung für die Fläche He7 zu beantragen.

(mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei bei Enthaltungen der FDP Fraktion)

6. Die Verwaltung wird beauftragt, die Regionalplanänderung für die Fläche Sa3c zu beantragen.

(mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

~~7 Die Verwaltung wird beauftragt, die Regionalplanänderung für die Fläche G-Mo8 zu beantragen.~~

8. Die Verwaltung wird beauftragt, die Regionalplanänderung für die Gewerbefläche in Hand zu beantragen.

(mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltungen der FDP Fraktion)

9. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere erforderliche Regionalplanänderungen, die sich aus der landesplanerischen Anfrage ergeben können, zu beauftragen.

(mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltungen der FDP Fraktion und der Fraktion DIE LINKE. mit Bürgerpartei)

10. **Bebauungsplan Nr. 2394 - Richard-Seiffert-Straße III -**  
**- Beschluss zur Aufstellung**  
*0424/2017*

Herr Schundau teilt mit, dass ihre Fraktion nicht zustimmen werde, da man sich die Chancen auf geeignete Wohnbebauung nicht verhindern möchte.

Herr Honecker begründet die Notwendigkeit des Aufstellungsbeschlusses. Demnach bestehe die Gefahr einer städtebaulich unerwünschten Gemengelageproblematik, die zu verhindern sei.

Der **Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss** fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Gemäß § 2 in Verbindung mit den §§ 8 ff Baugesetzbuch ist der Bebauungsplan Nr. 2394 - Richard-Seiffert-Straße III - als verbindlicher Bauleitplan im Sinne von § 30 Abs. 1 Baugesetzbuch (qualifizierter Bebauungsplan) aufzustellen.

Ziel der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2394 - Richard-Seiffert-Straße III - ist die Verhinderung einer städtebaulichen Fehlentwicklung, Vermeidung einer räumlichen Ausbreitung von Wohnnutzungen angesichts des Gewerbeumfelds und der Straßenverbindung Refrather Weg / Bensberger Straße.

Der Geltungsbereich umfasst im Wesentlichen den Bereich zwischen der östlich gelegenen Bensberger Straße, der im Bebauungsplan Nr. 2396 - Straßenverbindung Refrather Weg / Bensberger Straße - dargestellten privaten Grünfläche im Norden, der Richard-Seiffert-Straße im Westen und Wohnbebauung im Süden.

Der Bebauungsplan setzt die genauen Grenzen seines räumlichen Geltungsbereiches fest (§ 9 Abs. 7 Baugesetzbuch).

11. **Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 11.09.2017 zu den Vorschlägen der Verwaltung für den Entwurf des Flächennutzungsplans 0437/2017**

Diskussion und Beschlussfassung unter TOP 7 (s. TOP 1).

12. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Keine

Da keine Vorlagen für den nichtöffentlichen Teil vorgesehen sind, einigt sich der Ausschuss, auf den nichtöffentlichen Teil zu verzichten.

Herr Höring bedankt sich für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 20:25 Uhr.

gez. Höring  
Vorsitzender SPLA

gez. Winkels  
Vorsitzende FNPA

gez. Assmann  
Schriftführer